
Neue Mitte in einem neuen Europa

Alfred Payrleitner

Geographisch mag die Mitte Europas exakt zu definieren sein. Historisch-politisch sind ihre Grenzen fließend. »Mitteleuropa« war im 18. und 19. Jahrhundert einfach jener Schauplatz, den man machtpolitisch und kulturell brauchte und nützte, wenn es um den Konflikt zwischen der katholisch-universalistischen Reichsidee der Habsburger mit der protestantisch-preußischen ging. Später war es dann der Raum, wo sich ein missionarischer Nationalismus aufschaukelte, der schließlich im 20. Jahrhundert zu einer Konfrontation der damaligen Großmächte in Form zweier Weltkriege führte. In seinem aufschlußreichen Buch »Mitteleuropa – auf den Spuren eines Begriffs« hat der Germanist Jacques le Rider eine komprimierte Übersicht geliefert – von den Modellen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation bis hin zu Friedrich Naumann, der den Begriff Mitteleuropa im deutschen Sinn besonders prägte. Die Berufung auf Gott und Geschichte, personalisiert in bestimmten Herrscherfiguren, war stets dabei – was auch erklärt, warum die EU, das heutige, moderne Wirtschaftseuropa, auf viele seiner Bürger einen so kühlen Eindruck macht. Ihr fehlt ein Mythos.

Dafür ist die EU das erfolgreichste Friedensprojekt der letzten fünfzig Jahre, ein Gebilde von solcher Faszination für Außenstehende, daß jeden Monat Tausende ihr letztes Geld und viele auch ihr Leben riskieren, um es zu erreichen. Wer wissen will, was dieses neue Europa bedeutet, sollte nicht seine alternden Bürger, sondern die Legionen junger Zuwanderungswilligen in den kümmerlichen Fischerbooten vor der italienischen Küste fragen, oder die Einwohner vor den östlichen Grenzen, etwa jener von Ushgorod.

Zu Mitteleuropa gehören nach deutschsprachigem Verständnis Deutschland, Österreich, die Schweiz, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Nach österreichischem Geschichtsgefühl müßte man zumindest Slowenien und Kroatien hinzuzählen und natürlich auch das Friaul, Triest und alle Gegenden, die der mitten im Ersten Weltkrieg erschiene Vaterländische Prachtband »Mein Österreich, mein Heimatland« aufgezählt hat. Für die Engländer, die »*Central Europe*« dazu sagen, umfaßt »Mitteleuropa« die osteuropäischen Reformstaaten oder auch nur die vier

Visegrád-Staaten Polen-Tschechien-Slowakei und Ungarn. Modernen Deutschen fällt das »Weimarer Dreieck« ein, der Rest gilt als Balkan. Bei »Mitteleuropa« wirkt auch jene »Donauraum«-Vorstellung mit hinein, die schon Karl Ludwig von Bruck entwarf, der visionäre Handelsminister Fürst Schwarzenbergs, der nach 1848 einen einheitlichen Wirtschaftsraum bis zum Schwarzen Meer geplant hatte. Während der stalinistischen Expansion diente »Mitteleuropa« zur Abgrenzung vom Moloch im Osten, bei gleichzeitigem Beharren auf einer Identität, die sich dennoch nicht ganz den westlichen Standards unterwerfen wollte. Heute kennt man auch noch die »Pentagonale«, oder den eher zögerlichen Wiener Versuch einer regionalen Zusammenarbeit sowie andere kleine Partnerschaften, die aber alle ein Problem haben: daß es nun einen überwältigenden Wirtschaftsraum von demnächst 460 Millionen Menschen gibt, eine rechtlich durchstrukturierte Gemeinschaft, von der die großen Trends ausgehen. Der Beziehungsrahmen hat sich verändert. Nun wirkt das Nationale bisweilen provinziell – obwohl es noch immer die wichtigste Quelle politischer Legitimation geblieben ist. Neue Netzwerke und Beziehungen sind entstanden und für manche Mitgliedsländer liegen die wichtigsten Bezüge sogar jenseits des Atlantiks, in den USA. Wo könnte da eine neue Mitte zu finden sein?

Tschechisch-österreichische Gemeinsamkeiten

Mit der Geopolitik von gestern kommt man jedenfalls nicht weiter. Viel eher ist es die Kultur, die in Form teilweise verwandter Lebensformen auch tatsächlich vorhanden ist, gleich, ob sich diese Gemeinsamkeiten politisch instrumentalisieren lassen oder nicht. Aus Powidltascherl, Knedliki und dem altmodischen Brauch des Handkusses entstand eine Ikonensammlung oft beschworener prosaischer Gemeinsamkeiten, die zwar alle vorhanden sein mögen – aber auch nicht überschätzt werden dürfen. Die Feststellung etwa, daß Tschechen und Österreicher zutiefst verwandt seien, wurde nahezu ein Stehsatz. Tschechiens vortrefflicher Botschafter in Wien, der Literat Jiří Gruša, hat die psychologischen Feinheiten dieser Verwandtschaft, besonders was Tschechen und Wiener anlangt, liebevoll beschrieben: »Ein bisserl Ironie, ein bisserl Trauer, ein bisserl Distanz, ein bisserl morbid, ein bisserl lustig.« Hier spricht ein Kenner. Aber reicht das für mehr als nur für wechselseitige Besuche, für gemeinsames Trinken und fallweises Heiraten?

Am Feld der Politik und der unterschiedlichen Geschichtsbetrachtungen scheint es, als hätte man in den letzten Jahrzehnten noch einmal beide Weltkriege durchgespielt – auch die Erinnerung an den Habsburg-Mythos und gleich darauf dessen nochmalige Zertrümmerung. Den schönen Schein einer multiethnisch-multikulturellen Vergangenheit und danach dessen sofortige Denunziation. Wie in Lewis Carrols »*Alice in Wonderland*« sitzt die Erinnerung an Habsburg wie das Lächeln der längst verschwundenen Cheshire-Katze im Baum der Geschichte und beeinflusst die Gefühle. Das republikanische Babenberg-Österreich wird dabei von seinen slawischen Nachbarn oft wie mit einer Lupe betrachtet und zu einer gefährlich ambitionierten Größe verzerrt, die aber weder vorhanden ist noch angestrebt wird. Zwar mag dieses Habsburg-Syndrom für Wiens Diplomatie bisweilen eine Chance sein, gleichzeitig ist es aber auch eine lästige und ziemlich sinnlose Hypothek der Geschichte. Auch der allzu häufige Gebrauch des Wortes »Mitteleuropa« hat sich abgenützt, ebenso wie die Begriffe »Drehscheibe« oder »Brücke« längst banal geworden sind. Es sind

Beschwörungsbilder, denen es meist an realer Umsetzungskraft fehlt. Alle Kandidaten und neuen Mitgliedsländer sind heutzutage Drehscheiben und Brücken.

Folgschwere Zerschlagung der Mittelklasse

Auf Nostalgie lassen sich nun einmal keine politischen Achsen bauen. Staaten wie Einzelpersonen orientieren sich nur an konkreten Interessen. Dabei beeindruckte mich bei den vielen Mitteleuropa-Diskussionen der letzten Jahre ein Beitrag des ungarischen Historikers Peter Hanak: Er beschrieb die schrecklichen Folgen der Zerschlagung der bürgerlichen Mittelklasse Ostmitteleuropas, die den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und ordentlichen Zivilgesellschaft so sehr behindert. Hanak ging es nicht um die geographische Mitte, sondern um die soziale, um den Wiederaufbau jener Strukturen, die innerhalb einer Gesellschaft der übertriebenen Fixierung auf den Nationalstaat entgegenwirken können. Es komme auf jene Personenschicht an, die aus Bildung und ökonomischem Selbstbewußtsein gegen Populismus, Korruption und falschen Konservatismus antreten könnte.

Diesbezüglich sieht es freilich bisweilen triste aus. Jiří Gruša, Tschechiens ehemaliger Schulminister, hat dafür auch eine treffende historische Erklärung bereit. Der Aufstieg der Tschechen habe von ganz unten angefangen und somit ganz zwangsläufig plebejische Züge besessen. Doch beim Elitären, da habe es eine »Pause, eine Leere von 1938 bis 1990 gegeben, mit fatalen Folgen für die primäre Kreativität.« Gruša erwähnt auch eine gewisse Tendenz zur Selbstprovinzialisierung, und wer durch die sich langsam erholenden Klein- und Mittelstädte Tschechiens und der Slowakei fährt, kann sie noch immer spüren. Wiewohl sich auch hier die Verwandtschaft mit vielen Österreichern zeigt: Etwa bei den gewissen violetten Jogginganzügen und Ruderleibchen inmitten urbaner Zentren, an der Gestaltung der Häuser und an manchen rüden Umgangsformen. Nur schade, daß nicht einer jener populistischen und formulierungsschwachen, meist jedoch sehr selbstgerechten österreichischen Politiker auch einmal ähnlich kritische Aussagen über die eigenen Landsleute macht, wie dies Gruša tut. Denn wie schon erwähnt – auch viele negative Eigenschaften gehören zu dieser gemeinsamen Verwandtschaft. Was uns die Geschichte und wir selber uns angetan haben, möchte ich nur mit dem Hinweis auf zwei Bücher ergänzen, auf Ota Filip »Der siebente Lebenslauf« und auf die soeben erschienene Dokumentation »Denunziert« von Herbert Dohmen und Nina Scholz. Angesichts so vieler geschilderter Niedertracht ist man dann schon wieder beglückt, wie sehr sich die Verhältnisse inzwischen normalisieren konnten. Eigentlich stehen sie sogar recht gut, menschlich, wirtschaftlich und politisch, wie besonders die Entwicklung im letzten Halbjahr beweist. Allmählich scheint die Vernunft einer neuen Mitte die Oberhand zu gewinnen. Aber was für Chancen bieten sich für die politische Mitte und welche Erfahrungen hat Österreich in der Balance zwischen Ost und West sammeln können?

Dazu eine persönliche Erinnerung: Vor vierzig Jahren wurde ich im Auftrag der Österreichischen Industriellenvereinigung ins Hauptquartier der damaligen EWG nach Brüssel geschickt, um inoffiziell die Chancen eines österreichischen Beitritts zu erkunden. Den verschiedenen Botschafterberichten traute man nicht so recht, denn die damals mitregierenden Sozialisten, besonders Bruno Kreisky, empfanden eine profunde Abneigung gegen die neue Gemeinschaft und auch die prominentesten Völkerrechtler bewiesen haarklein, daß eine Zollunion oder gar eine Wirtschaftsgemein-

schaft in völligem Widerspruch zur Neutralität stehen würde. Die einschlägigen Aufsätze sind bis heute eine lehrreiche Lektüre, belegen sie doch, wie wandelbar die Politik und wie biegsam das Völkerrecht sein kann. (Was übrigens mit zu dessen Funktionen gehört.)

Doch ganz so unrecht hatten die seinerzeitigen Kritiker nicht. Nach EU-Beitritt, Amsterdamer Vertrag, Petersberger Abkommen und nunmehr den Beschlüssen von Thessaloniki wird es der Republik Österreich völlig unmöglich werden, ihre formelle Neutralität weiter aufrechtzuerhalten. Nur das Publikum kommt dabei noch nicht so recht mit. Allerdings kann die Volksmeinung auch flexibel sein: Wie skeptisch waren doch die Österreicher über die Einführung des EURO, dieser wichtigsten Errungenschaft der Gemeinschaft, die ohne Volksbefragung zustande gekommen war – und wie zufrieden ist man damit, relativ betrachtet, heute. Was blieb, ist eine leichte Schilling-Nostalgie.

Vollendete Tatsachen, wenn sie sich bewähren, können neues Bewußtsein schaffen. Es braucht nur quälend lange Umwege und sehr viel Geduld, bis das Kamel der Volksmeinung durch das Nadelöhr der Sachzwänge und neuen Erfordernisse zu bringen ist. Das Volk hat nämlich nicht immer Recht. Aber es läßt sich allmählich umstimmen.

Umso höher ist die Leistung der tschechischen Politik einzuschätzen, die vor kurzem ein 77prozentiges »Ja« zu den EU-Verträgen erreicht hat. Angesichts der erwähnten gemeinsamen Eigenschaften, vor allem die einer tief eingewurzelten Skepsis, war das gewiß nicht leicht.

Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeit der Umstimmung öffentlicher Meinung ist die Mehrheitseinstellung der tschechischen Bevölkerung zur leidigen sudestdeutschen Frage – die historisch betrachtet ja gar keine Frage mehr ist. Einsichtige tschechische Journalisten, Politiker und Diplomaten wissen längst, was zu geschehen hätte – aber diesem Ziel kann man sich eben nur schrittweise nähern und erst, nachdem Wahlen geschlagen und Entscheidungen getroffen worden sind. Menschen besitzen gewisse Idiosynkrasien – haßvolle Erinnerungen, die immer nur den Balken im fremden, aber niemals die vielen Splitter im eigenen Auge sehen wollen. Besitzangst, der Wunsch nach Vergessen und Verdrängen: In Österreich hat man es bei den Rückstellungsangelegenheiten gegenüber den Naziopfern gemerkt. Aber letztlich ist in dieser Frage doch ein Ausgleich geglückt, auch wenn einzelne, dumme Ressentiments noch immer zu spüren sind. Politisch und psychologisch entstand damit eine neue Lage, die es auch weiter zu nutzen gilt. Die Völker sind aufgefordert, vor ihrer eigenen Türe zu kehren, das wird zu einer Frage der Ehre – ein interessanter Test für die neue Mitte, von den Zeitungen bis zu den Schulbüchern und zu den Diskussionen im Familienkreis. Nur Mut und Zivilcourage muß man haben.

Doch wird es nun, nach der bevorstehenden Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten, auch eine Chance für eine neue Außenpolitik der europäischen Nachbarn geben? Als ich mich vor vierzig Jahren mit Diedrich Behm, dem seinerzeitigen Sprecher der Gemeinschaft, unterhielt, machte er nachdrücklich auf das eigentliche Ziel der Gemeinschaft aufmerksam – auf die letztlich geplante politische Union. An ihr führe auf Dauer kein Weg vorbei, das sei nur die logische Konsequenz der wirtschaftlichen Vereinigung. Das war erstaunlich, denn offenkundig setzten diese neuen Europäer mit größtem Optimismus auf ein materialistisch-dialektisches Prinzip, nämlich darauf, daß das gesellschaftliche Sein auch das Bewußtsein formen würde.

Trotzdem imponierte mir diese Deutlichkeit, standen wir doch alle unter dem Eindruck der frühen Europabegeisterung, mit Coudenhoveschen Träumen und dem flatternden grünen »E« als Symbol an den Fahnenstangen, den sogenannten »Churchill-Unterhosen«...

Inzwischen ist dieses neue Europa eine Realität geworden und die Europafahne besteht aus einem blauen Tuch mit vielen Sternen, was ebenfalls symbolisch ist. Denn eine echte politische Union gibt es bis heute, nach 50 Jahren, immer noch nicht. Noch immer wird über Ziel und Bestimmung dieses neuen Europa diskutiert, ob es ein Staatenbund bleiben oder ein Bundesstaat werden soll und welche Kompetenzen wie zu verteilen wären. Der Europa-Konvent, dieses unglaubliche Experiment mit 104 verschiedenen Parlamentariern und Regierungsvertretern, hat sich damit ausführlich befaßt. Je nach Neigung kann man das Resultat als gelungen oder als gescheitert betrachten – wie beim Beispiel mit dem halb vollen und halb leeren Wasserglas. In Wirklichkeit ist dieses neue Europa irgendein Zwischending und in diesem Zwitterzustand dürfte es auch noch lange Zeit verharren. Längst haben die Journalisten gelernt, daß es ziemlich unergiebig ist, über genauere Definitionen zu grübeln, weil das nur zu endlosen theoretischen Streitereien führt, die lediglich Fachjuristen interessieren. Lediglich eine Grundtendenz ist derzeit auszumachen: Bei der Kompetenz-Kompetenz, bei der Entscheidung darüber, welche Befugnisse an die Gemeinschaft abgetreten werden sollen und welche nicht und bei den großen Lebensfragen wollen Europas Nationen letztlich doch an ihrer Souveränität festhalten. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der Außen- und Sicherheits- sowie bei der Steuerpolitik.

EU-Außenminister ohne gemeinsame Außenpolitik?

Nun soll die Gemeinschaft zwar einen Außenminister bekommen, aber es wird keine verpflichtende, demokratisch abzustimmende gemeinsame Außenpolitik geben – eine recht bizarre Konstruktion. Es genügt hier, einige Sätze des englischen Europaministers Denis McShane aus jüngster Zeit zu zitieren: Nachdem er sein extremes Mißfallen für alle anspruchsvoll klingenden Bezeichnungen wie »Präsident« (für den neuen Ratsvorsitzenden) oder »Außenminister« zum Ausdruck gebracht hatte, erklärte der Brite, warum er so denkt: »Hieße das nicht, daß der Mann oder die Frau den Regierenden Anweisungen erteilt? Nein, er oder sie wird Chirac, Schröder oder Blair nicht vorschreiben können, wie deren Außenpolitik auszusehen hat. Wir glauben nicht, daß Europa eine einheitliche Außenpolitik haben kann. Nehmen Sie bestimmte Aspekte der Mittelmeerpolitik, die Kernkraft, die Frage, wie man zu Hause den Terrorismus bekämpft. Da vertreten die einzelnen Staaten zu unterschiedliche Positionen« (*Standard*, 12. Juni 2003). Das sind beachtlich klare Worte. Das Einstimmigkeitsprinzip und damit das Vetorecht werden also bleiben.

Aber solche Meinungen kamen nicht nur vom Westrand des Kontinents. Wie sich die USA-freundlichen Polen beim Irak-Krieg verhielten, ist bekannt. Doch auch Tschechiens neuer Staatspräsident Václav Klaus wurde ziemlich deutlich – und zwar noch vor dem Aufnahmebeschluß der EU und noch vor dem tschechischen Referendum. Er brauche keine vereinheitlichte europäische Außenpolitik, meinte er zur *FAZ* am 10. April, sondern die »Vielfalt der Ideen«. Man müsse eben von Fall zu Fall entscheiden. Interventionen Europas »irgendwo in der Welt« lehne er ab und den Irak-

Krieg hielt Klaus folgerichtig für falsch, für das Exportieren von Ideologien – auch wenn es sich um die Idee der Demokratie handelt (*Die Zeit* vom 16. April). Das war zwar nicht die einzige offizielle Meinung in Tschechien und über diesen Ausspruch brach auch sofort eine innertschechische Kontroverse aus.

Aber so sieht eben die Haltung nüchterner Pragmatiker und Skeptiker aus dem »alten« Europa aus, das Produkt langjähriger, schlimmer Erfahrungen mit missionarischen Bewegungen aller Art. Viele Menschen in Österreich empfinden sehr ähnlich. Die aus einem neuen Feindbild erwachsenen Vorstellungen eines weltbefreienden, demokratischen Imperialismus, eines ethischen Kreuzzugs, erscheinen ihnen unheimlich. Nicht, weil sie etwas gegen die Demokratie hätten, sondern weil Europa mit der gewaltsamen Umsetzung eines derartigen Konzepts schwer überfordert wäre – und zwar sowohl militärisch, als auch politisch und psychologisch. Nähme man solchen Missionarismus wirklich ernst, könnte er den Auftakt zu einer endlosen Kette von Interventionskriegen bedeuten. Wo fängt man an, wo hört man auf? »Alte« Europäer sind schon froh, wenn es nicht schlechter wird.

Daher beobachtet man den weltverbessernden Optimismus des amerikanischen Hegemons im Nahen Osten mit Staunen und Zweifel – auch wenn man im Irak selber mitmacht. Trotzdem will keiner als antiamerikanisch gelten, aus dem Wissen, daß dies angesichts vieler anderer Gemeinsamkeiten blanker Unsinn wäre. Antiamerikanismus würde die europäische Spaltung nur noch vertiefen.

So ist die derzeitige Stimmungslage, die auch von der Demoskopie bestätigt wird. Laut jüngstem »Eurobarometer« sind 58 Prozent der Europäer der Auffassung, daß die USA eine negative Rolle für den Weltfrieden spiele, und 77 Prozent meinen, daß sich die Außenpolitik der Europäer von der Amerikas unterscheiden müsse. Bezüglich der eigenen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind die Europäer stark unterschiedlicher Meinung: Finnen, Schweden und mit einigem Abstand auch die Briten wollen die Verteidigung ganz in ihrer nationalen Hand behalten, die Österreicher sind sich nicht so sicher und schwanken zwischen einer EU-Truppe und eigenen Leistungen. Allgemein betrachtet ist die Bereitschaft für Gemeinschaftsaktionen bei den Österreichern stark rückläufig. Eine gemeinsame EU-Außenpolitik wird nur von 38 Prozent der Befragten gewünscht.

Solche Spannungen sind gravierend, man kann sie nicht niederstimmen. Interessanterweise rechtfertigte auch der Konvents vorsitzende Giscard d'Estaing in Thessaloniki diese Sicht: Hätte es schon beim zweiten Irak-Krieg eine verpflichtende Mehrheitsentscheidung gegeben, so wäre die EU in eine totale Krise geraten. Geht es um Leben oder Tod, so gibt es nur die nationale Legitimation. Beim Geld ebenfalls, da wollen die Regierungen ihren finanziellen Lebensnerv, die Steuerhoheit, bewahren. Ob ihnen das auf Dauer gelingt, ist freilich eine andere Frage.

Keine echte Demokratisierung

Auch von einer echten Demokratisierung von unten kann noch keine Rede sein – was freilich ein Glück sein mag, weil die sonst drohenden Konflikte den Bestand der Union schlechthin gefährden würden. Andererseits bedeutet dieser Umstand, daß die EU von ihrem Demos, dem real existierenden Europavolk, nicht recht verstanden und demgemäß auch nicht geliebt wird, zumindest ist das die Klage vieler Eurokraten.

Leider ist das nur allzu wahr – aber es ist auch verständlich. Brüssel erscheint viel zu weit weg und den »*acquis communautaire*« mit seinen rund 20.000 europäischen Normen kann man einfach nicht lieben, zumal dann nicht, wenn dieses Regelwerk auf eine derart schwer durchschaubare Art und Weise, nämlich unter Berufung auf die allgemeinen Zielsetzungen, auf das Binnenmarktprinzip und eine Generalklausel (den ominösen Artikel 308), zustande kam. Wie bei jeder Bürokratie hat man auch in Brüssel die Tendenz zu zentralisieren, also möglichst viel an sich zu ziehen.

Im soeben verabschiedeten Konventsentwurf werden zwar die verschiedenen Kompetenzen nun etwas deutlicher abgegrenzt, um die Anhänger des Subsidiaritätsprinzips zufriedenzustellen. Doch ein entscheidungsfähiges europäisches Wahlvolk, einen europäischen Demos, gibt es nach wie vor nicht. Vielen würde dieser corpus allerdings auch ein gewisses Unbehagen einflößen, denn wer weiß schon, wo die Interessen von acht Millionen Österreichern bei einer Wahlgemeinschaft von mehr als 450 Millionen Menschen bleiben würden? Ähnliche Bedenken kommen auch aus Deutschland, wo es immerhin zehnmal so viele Einwohner gibt (siehe *FAZ* vom 16. Juni).

»*All politics is local*«, lautet ein viel zitierter Spruch. Mit dieser Grundwahrheit muß man rechnen. Selbstverständlich wissen die Politiker über diese Verwurzelung Bescheid, schließlich hängen sie von den Sympathien ihrer nationalen Wähler ab. Somit bleibt die Union ein höchst komplexer Staatenbund und wird so bald kein übergeordneter, eigener Staat werden – auch wenn die EU nun eine eigene Rechtsperson bekommt und wenn man in ihr erfreulicherweise seine Grundrechte als Individuum einklagen kann.

Aber Gefühle für Europa? Die gäbe es wohl erst dann, wenn wieder ein wirklich bedrohlicher Außenfeind aufträte, einer, der es schlucken möchte. Nie habe ich mich den Tschechen näher empfunden als in jener Zeit von 1968, als sich der Prager Frühling vorbereitete und wir vom ORF, gemeinsam mit den tschechischen Kollegen, mit unserer Berichterstattung zum ersten Demokratisierungsprozeß beitragen konnten – auch bis zu dessen bitterem Ende und den Filmtransporten vorbei an sowjetischen Panzerkolonnen. Doch ein solcher neuer Außenfeind ist Gott sei Dank heute nicht in Sicht, trotz aller Gefahren des modernen Terrorismus.

Dagegen werden die praktischen und greifbaren Beziehungen immer wichtiger, etwa gute Eisenbahnverbindungen in alle wichtigen Hauptstädte Ostmitteleuropas, die künftig hoffentlich wieder ebenso schnell werden wie in den Tagen der k.u.k. Monarchie, mit Autobahnen, die an den Grenzen nicht aufhören, und ungehinderten Beschäftigungsmöglichkeiten. *All politics is local* – oder besser gesagt, »*all politics is regional*«, wie man diesen Satz verbessern sollte.

Die Fortschritte auf diesem Gebiet der praktischen Beziehungen sind so groß, daß man sie nur erkennt, wenn man sie mit den alten Stacheldrahtzeiten vergleicht. Österreichische Banken expandieren ohne erkennbaren nationalen Chauvinismus erfolgreich in die neuen Beitritts- und künftigen Kandidatenländer. Sie erzielen dort den Großteil ihrer Gewinne. Die Erste Österreichische, der die *Ceska Sporitelna* gehört, hat in Tschechien schon mehr Kunden als in Österreich. Wiens Hochschulen sind voll von osteuropäischen Gaststudenten. Ohne Altenpfleger und Kindermädchen aus dem Nordosten könnten Heime und Krankenhäuser nicht mehr den Betrieb aufrechterhalten. Aber das funktioniert auch andersherum – westliche Autokonzerne errich-

ten in der Slowakei neue Produktionscluster und suchen in Österreich nach Facharbeitern. Der gesamte Bereich gilt als Hoffungsmarkt, der konjunkturell bereits vieles von dem ausgleicht, was im Westen stagniert.

Ab Jänner 2004 wird in der Slowakei eine 19prozentige Einkommenssteuer für alle eingeführt, eine Flat-Tax. Sie übt schon jetzt eine elektrisierende Wirkung auf westliche Firmen aus, als Lockmittel fürs Übersiedeln und Neugründen, schließlich ist Bratislava nur wenige Kilometer von Wien entfernt.

All das gehört zur normativen Kraft des Ökonomisch-Faktischen, worüber manche freilich die Nase rümpfen: Es herrsche zu viel an kapitalistischer Gier und Materialismus, an Platttheit, Kitsch und Oberflächlichkeit. Doch ohne neue ökonomische Mitte kann es auch keine soziale und politische geben. Auch habe ich nicht das Gefühl, daß dadurch die kulturelle Identität der verschiedenen Nationen in Gefahr geraten könnte – scheußlicher als im Sozialismus kann es einfach nicht werden. Das kulturelle Selbstbewußtsein scheint völlig intakt zu sein. Vor drei Wochen führte mich in der Zips (Spis) am Fuße der Hohen Tatra ein schlichter Arbeiter unaufgefordert in die spätromanische Kirche von Spisska Sobota, von Georgenberg, und zeigte mir den spätgotischen Hochaltar des Meisters Paul aus Leutschau mit seiner überwältigenden Darstellung des heiligen Georg, der mit dem Drachen kämpft. Der dazugehörige mittelalterliche Hauptplatz wurde mit Landes- und Staatshilfe auf das liebevollste restauriert und wartet nun auf kommenden Fremdenverkehr.

Oder ein anderes Schlaglicht: Beim jüngsten Konzert der Rolling Stones im Wiener Stadion schrieten sich auch einige junge Tschechen und Slowaken die Kehlen heiser, ebenso wie die massenweise erschienenen Wiener. Europa vereint im Namen von Mick Jagger plus Eminem und anderen Pop-Größen: Man hatte keineswegs den Eindruck, daß die Jungen durch diese Patchwork-Kultur irgendwelche Schäden an ihrer Identität genommen hätten. Man hat seine Kern-Nation und dazu noch einige andere Schichten, das verbindet sich ganz leicht, wenn man jung ist.

Europa braucht mehr als zwei Brennpunkte

Allerdings drängen sich bei diesen willkürlich gewählten Beispielen, bei so viel unbekümmerter Vitalität und derart starken Veränderungsschüben, auch perspektivischere Fragen auf. Anlässlich der Leipziger Buchmesse im März dieses Jahres schlug der estnische Autor Jaan Kaplinski vor, daß man eigentlich nun damit beginnen sollte, EU-Verwaltungszentren nach Mitteleuropa zu verlegen. Das würde die Menschen aus Mittel- und Osteuropa näher an die Entscheidungsprozesse heranbringen und die EU wäre dann weniger ein Unternehmen »westeuropäischer Franken«, wie Kaplinski formulierte. Fürs erste verblüfft diese Forderung, aber eigentlich hat dieser Mann ja recht. Die neue politische Landkarte Europas gleicht einer etwas ausgefranst Ellipse, und die hat immer zwei Brennpunkte. Wieso liegt der politische Schwerpunkt dieser Beinahe-Union so exklusiv am Westrand des Kontinents? Die Babenbergerherzöge und Przemyslidenkönige, die Habsburger, Jagellonen, älteren Anjous und Luxemburger Kaiser dachten da noch anders. Mehrere europäische Brennpunkte erschienen ihnen als völlig selbstverständlich. Kaplinski schlug konkret Wien, Budapest, Prag oder Warschau als neue EU-Hauptstädte vor. Wahrscheinlich muß man ein Este mit polnischem Namen sein, um solche Einfälle zu haben. Man sollte solche Gedanken sickern lassen...

Die Erweiterung auf 25 Mitglieder, demnächst werden es vielleicht 33 oder 35 sein, bedeutet für Europa mehr als das Aufstocken einer Aktionärsversammlung. Hier geht es um uralte historische Kraftlinien, um frei werdendes, politisches Magma. Wie feurig es sein kann, kann man am Selbstbewußtsein der Polen merken. Je größer die Ausdehnung der Ellipse, desto stärker werden auch die zentrifugalen Tendenzen werden. Die neu aufgeflamnten Debatten um ein »Kerneuropa« oder um ein Europa der »verschiedenen Geschwindigkeiten« sind deutliche Anzeichen. Bei einem einzigen Kern wird es wohl nicht bleiben.

Es wäre an der Zeit, daß darüber tiefer nachgedacht wird. Und zwar hochprofessionell – nicht nur bei den vielen Symposien und kulturellen Treffen. Zu den großen Stärken der Vereinigten Staaten von Amerika gehört die Vielzahl bestens dotierter *think tanks*, mit denen politische und ökonomische Alternativen erkundet, vorgedacht und kalkuliert werden, samt dem Training entsprechender Expertenteams. Wäre es nicht angebracht, einen *think tank* für das neue Mitteleuropa zu gründen? Oder verschiedene, bereits existierende Institutionen systematisch zusammenzuführen? Keine neuen Hofräte für Habsburg – das ist vorbei. Aber als Ratgeber für die gemeinsamen Interessen der neuen Babenberger, Przemysliden, Jagellonen und Anjous. Momentan herrscht der Eindruck, daß alle noch viel zu sehr damit beschäftigt sind, die Schutthalden der Vergangenheit wegzuräumen, als Trümmernmenschen der Geschichte. Daneben versuchen sich alle im schnellsten Wettlauf um die Gunst der jeweiligen Partner im Westen. Ob das auf Dauer ausreicht?

Wo liegen konkret die großen, gemeinsamen Interessen? Bei der Verteidigung, bei den Auslandseinsätzen, bei einer möglichen regionalen Arbeitsteilung? Wie halten wir es mit dem Internationalen Strafgerichtshof? Mit dem Flüchtlingsproblem und der binneneuropäischen Zuwanderung? Mit der regionalen Verkehrspolitik? Es genügt nicht, Botschafterkonferenzen unter phantasievollen Namen einzuberufen und erst danach über die möglichen Konzepte solcher Veranstaltungen zu philosophieren. Vielleicht gibt es mehr konkrete Resultate, als man gemeinhin weiß. Doch dann hat man sie ziemlich schlecht kommuniziert und zu wenig an die Öffentlichkeit verkauft.

Wie sagte doch der anfangs zitierte Václav Klaus beim gleichen Interview? »Nur wer keinen eigenen Standpunkt hat, muß sich an den anderer anhängen.« Man sollte zumindest beginnen, diesen zu definieren. Vielleicht gibt es auch gar keinen gemeinsamen Standpunkt, überraschend wäre es kaum. Aber selbst das zu erfahren wäre ein bedeutender Erkenntnisgewinn.

Vorstehender Vortrag wurde im »Mitteleuropäischen Kulturzentrum Schloß Janowitz« gehalten. 60 Kilometer südöstlich von Prag, umgeben von einem großen Park, befindet sich das Renaissanceschloß Janowitz (Vrchotovy Janovice), das sich bis zum Jahre 1948 im Besitz der Familie Nadherny von Borutin befand. Die letzte Schloßherrin, Sidonie von Nadherny, die nach dem kommunistischen Umsturz 1948 nach England ins Exil ging, versammelte auf Janowitz immer wieder illustre Persönlichkeiten, u. a. Rainer Maria Rilke, Adolf Loos und auch Karl Kraus. Letzterer erlag nicht nur dem Charme der Schloßherrin, sondern auch der Schönheit des Ortes und brachte dort unter anderem einige Teile seiner »Letzten Tage der Menschheit« zu Papier. Elias Canetti wies Jahrzehnte später noch auf die inspirierende Wirkung von Janowitz auf Karl Kraus hin. Nachdem das Schloß während des Zweiten Weltkrieges von der SS benutzt wurde und nach dem Krieg erst die Rote Armee und dann die

tschechoslowakische Armee im Schloß hausten, war es Anfang der 50er Jahre in einem erbärmlichen Zustand, als es schließlich dem Nationalmuseum übergeben wurde. Dieses richtete dort eine eher unzusammenhängende Ausstellung und ein Depot für historische Apotheken ein, ohne dem kulturhistorischen Genius loci gerecht zu werden.

Ende der 90er Jahre schließlich kam es dank der Bemühungen einzelner wie dem tschechischen Botschafter in Wien, Jiří Gruša, zu einer neuen Dynamik. Die Schönheit des Schlosses wie auch des Parks wurde wiederentdeckt und es entstand der Wunsch, etwas von dem Zauber der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts wieder zu erwecken. Den Beginn bildete die Überführung der sterblichen Überreste Sidonie von Nadhernys auf die Familiengrabstätte im Park im Herbst 1999. Vertreter Tschechiens, Deutschlands und Österreichs setzten sich zusammen und es entstand die Idee, Janowitz wieder zu einem kulturellen Treffpunkt Mitteleuropas werden zu lassen. Zu diesem Zwecke wurde vereinbart, in den Nebengebäuden des Schlosses ein- bis zweimal im Jahr eine mitteleuropäische Konferenz abzuhalten und gleichzeitig sich um eine Revitalisierung des Schlosses und des Parks – ausgerichtet auf den Genius loci – zu bemühen. Die Restaurierungsarbeiten im Park wurden mit deutscher finanzieller Unterstützung begonnen, im Schloß wurden einige Räume identifiziert, die zum Zwecke der Abhaltung von Konferenzen, Treffen, Konzerten usw. renoviert werden könnten. Gleichzeitig sollte die Ausstellung auf den Bereich Geschichte der mitteleuropäischen Kultur fokussiert werden.

Die Umbaupläne wurden leider durch das Hochwasser im Sommer 2002, das etliche Sammlungen und Gebäude des Nationalmuseums, das Eigentümer des Schlosses ist, schwer traf, etwas verzögert, dennoch konnte im Juni 2003 wieder eine Konferenz mit Teilnehmern aus Tschechien, Österreich und Deutschland abgehalten werden, die sich mit der Zukunft von Mitteleuropa befaßte. Was wird »Mitteleuropa« in der erweiterten EU bedeuten? Welches geschichtliche und kulturelle Erbe und welche Traditionen werden dieses neue Mitteleuropa prägen? Ein Blick zurück und in die Zukunft, unternommen aus verschiedenen Blickwinkeln, sollte zur Diskussion der Finalität von Mitteleuropa beitragen.

*Gregor Schusterschitz
Österreichische Botschaft Prag*